

Innovationsforum Energiewende

„Herausforderung Energiewende – Was ist mit der Gerechtigkeit?“

Berlin, 07.05.2014

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vassiliadis, meine Damen und Herren,
ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken, ganz besonders für den Ablaufplan:

Direkt nach dem Mittagessen eine Rede zu halten, ist wohl das Schlimmste, was einem auf einer Konferenz wie dieser hier passieren kann.

„Nach dem Essen sollst du ruh´n, oder 1000 Schritte tun.“ So kennen wir das.

Dass man nach dem Essen Reden halten und aufmerksam zuhören soll, habe ich dagegen noch nie gehört. Umso dankbarer bin ich Ihnen, dass Sie mir gleichwohl Gesellschaft leisten wollen.

Immerhin steht für uns alle viel auf dem Spiel, denn es geht um das größte deutsche Projekt nach der Wiedervereinigung: die Energiewende.

Dass diese Energiewende heute in der Politik, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft so kontrovers diskutiert wird wie kaum ein anderes Thema, hat aus meiner Sicht zwei wesentliche Gründe:

- Erstens: Sie betrifft uns alle.
- Und zweitens: Sie bereitet uns allen Sorgen, dem einen mehr, dem anderen weniger.

Denn die fundamentalen Fragen zur Umsetzung und zur Finanzierung der ehrgeizigen Ziele dieses Jahrhundertprojekts sind bis heute offen. Die einzige Frage, die wir heute nicht mehr diskutieren müssen, ist die nach der Energiewende an sich:

Deutschland hat sich dieses weltweit bislang beispiellose und sehr ehrgeizige Projekt vorgenommen – und jetzt setzen wir es auch um.

Darin, meine Damen und Herren, bin ich mir mit Herrn Vassiliadis und mit Herrn Gabriel vollkommen einig. Und ich weiß dabei auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Industrieunternehmen auf unserer Seite. Doch damit allein ist noch nichts gewonnen.

Denn die Gestaltung des gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Megaprojektes Energiewende kann uns nur gelingen, wenn sie auch von den Menschen, die unmittelbar betroffen sind, mitgetragen wird.

Denn betroffen ist jeder:

- weil er einen sicheren Arbeitsplatz braucht.
- weil er in einer gesunden Umwelt leben will.
- weil er zuhause auf eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung angewiesen ist.
- Und nicht zuletzt, weil er Monat für Monat über seine Stromrechnung bereits heute einen maßgeblichen Beitrag zur Finanzierung der Energiewende leistet.

Dass die Menschen die Energiewende nun zunehmend kritisch sehen, sollte uns daher dringend zu denken geben.

Gegen diese Kritik, gegen die Unsicherheit und gegen die Widerstände aus der Gesellschaft kann es weder der Politik, noch der Industrie gelingen, die Energiewende erfolgreich zu gestalten und die gesteckten Ziele zu erreichen.

Dies können wir nur gemeinsam schaffen, und das bedeutet ganz einfach:

Wir müssen die Menschen mitnehmen.

Wir müssen sie von der Notwendigkeit und den langfristigen Vorteilen dieses einzigartigen Projekts überzeugen.

Wir müssen erklären, warum sich diese immensen Investitionen mittel- und langfristig für unser Land lohnen werden.

Und warum jeder einzelne in Zukunft davon profitieren kann.

Tatsächlich sind die Chancen für die Zukunft, die mit der Energiewende einhergehen, riesig: für unsere Volkswirtschaft, für unsere Unternehmen und für jeden einzelnen:

- weniger Abhängigkeit von schwankenden Rohstoffpreisen und politisch labilen Exporteuren
- weniger Emissionen,
- und neue Technologien, die wir, wenn sie in Deutschland einmal funktionieren, in die ganze Welt exportieren können.

Doch der Weg dorthin – und das bereitet Verbrauchern und Unternehmern heute gleichermaßen Sorgen – wird noch ein langer, steiler und sehr kostspieliger Weg.

Ein Gutachten des Westfälischen Energieinstituts ist gerade zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Gesamtkosten allein durch die EEG-Umlage bis Ende 2014 bereits auf 110 Mrd. Euro summieren werden.

Bis zum Jahr 2050 werden wir insgesamt rund 500 Mrd. Euro investieren müssen, um die von der Politik gesteckten Ziele der Energiewende tatsächlich erreichen zu können.

Es wird also teuer bleiben. Doch nur Klarheit und Offenheit schaffen Vertrauen. Und ohne Vertrauen wird es auch keine ausreichende Unterstützung geben. Deshalb sollte die politische Führung in Bund und Ländern Klartext sprechen.

Wir, die Industrie, wollen und werden unseren Beitrag leisten:

Wir werden wie bereits heute auch in Zukunft einen Teil der Kosten tragen, denn auch als große Stromkunden sind wir keinesfalls vollständig von der EEG-Umlage befreit.

Gleichzeitig werden wir weiter in Forschung und Entwicklung investieren, um all das technologisch möglich zu machen, was heute politisch und gesellschaftlich gewünscht wird.

Denn hier entstehen neue attraktive Märkte:

für eine saubere, sichere, effiziente und bezahlbare Energieversorgung.

Was wir dabei nicht brauchen können, sind billige Polemik und regionales Kirchturmdenken. Emotionale Debatten über steigende Strompreise und Energiearmut, über vermeintlich so dreckige Kohlekraftwerke und das versuchte Ausspielen der Verbraucher gegen die Industrie haben wir nun wirklich genug geführt. Jetzt ist es Zeit für sachliche Argumente und ökonomische Fakten.

Nur damit lassen sich die Menschen in Deutschland davon überzeugen, den Weg der Energiewende weiter zu gehen und auch künftig ihren Beitrag zu diesem Projekt zu leisten. Vorausgesetzt – und damit komme ich zu meiner zentralen Forderung:

Vorausgesetzt, die Chancen und Lasten werden in einem marktwirtschaftlichen Modell gerecht verteilt.

Ganz einfach gesagt bedeutet das:

Akzeptanz und Ausgleich liegen eng beisammen: Jeder muss seinen Beitrag leisten, und niemand darf überfordert werden.

Konkret bedeutet das für unser Land:

- Wenn das EEG dazu führt, dass zwei Millionen arme Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können, stehen wir vor einem Problem.
- Wenn Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden, weil sie für ihren Strom mindestens doppelt so viel bezahlen müssen wie die Konkurrenz, stehen wir vor einem Problem.
- Und wenn große Konzerne neue, kapitalintensive Produktionsanlagen im Ausland bauen müssen, um ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, statt hier bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen, stehen wir vor einem Problem.

Alles das können, wollen und dürfen wir uns ökonomisch und gesellschaftspolitisch nicht leisten, wenn Deutschland und Europa auch zukünftig im globalen Wettbewerb nicht marginalisiert werden möchten.

Und ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung – und namentlich der Wirtschaftsminister – diese Einschätzung teilt.

Unter Ihrer Führung, lieber Herr Gabriel, sehe ich die deutsche Energiepolitik in Berlin und in Brüssel mittlerweile auf einem grundsätzlich richtigen Kurs.

Und ich fühle mich bestärkt in meiner Hoffnung, dass Politik, Industrie und Gewerkschaften die Energiewende gemeinsam erfolgreich voranbringen können und werden. Mit welchen finanziellen und ökonomischen Belastungen diese Energiewende für Gesellschaft und Branchen einhergeht, hat das Westfälische Energieinstitut mit seiner Studie zu den Verteilungskonflikten gerade umfassend untersucht. Die Studie beziffert die durch das EEG verursachten Lasten und zeigt die daraus resultierenden Verteilungskonflikte auf. Die Ergebnisse sind durchaus bemerkenswert:

So soll nach dieser Analyse die große Mehrheit der deutschen Haushalte durchaus imstande sein, die finanzielle Mehrbelastung durch das EEG zu stemmen. Das gleiche gilt für die große Mehrheit der Unternehmen.

Auch der Vorwurf, die Energiewende würde unsere Volkswirtschaft insgesamt überfordern, lässt sich durch die Studie nicht per se belegen – im Gegenteil:

Natürlich könnte eine wohlhabende Volkswirtschaft wie Deutschland die erforderlichen Mittel dafür aufbringen.

Die Wissenschaftler verweisen hier auf unsere gesamtwirtschaftliche Ersparnis.

Die deutsche Volkswirtschaft wird in diesem Jahr einen Überschuss von rund 280 Mrd. Euro erwirtschaften. Davon werden nach den Prognosen der Wirtschaftsinstitute lediglich rund 80 Mrd. Euro wieder im eigenen Land investiert. Das bedeutet: 200 Mrd. Euro bleiben übrig. Und was passiert mit diesem Geld? Es fließt ab ins Ausland.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Deutschland muss auch im Ausland investieren.

Wir leben in einer mittlerweile ökonomisch eng vernetzten Welt und nicht auf einer Insel!

Aber der Gedanke, dass allein dieses Geld in den kommenden Jahren mehr als ausreichen würde, um hierzulande

- die gesamte EEG-Förderung,
- alle notwendigen Investitionen in Windräder, Sonnendächer, Wasserkraft und Biomasse,
- die Entwicklung von Speichertechnologien,

- die neuen Stromnetze und
- die energetische Gebäudesanierung

komplett zu finanzieren, ist verlockend:

Wäre es daher nicht schön, wenn künftig zumindest ein Teil dieser riesigen Ersparnisse im Lande bleiben und in unsere Zukunft investiert würden?

Was also läge näher, als sichere politische Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, damit unsere Bürger und unsere Unternehmen weiter in diese Energiewende investieren?

Steuerliche Vorteile für Investitionen in Netze oder endlich auch für Forschung und Entwicklung. Das alles kann allerdings nur funktionieren, wenn die politische Führung in diesem Land konsistent und konsequent handelt.

Meine Damen und Herren,

wenn ich von Investitionen spreche, meine ich damit natürlich nicht nur den Bau neuer Anlagen und Netze.

Ich meine auch Investitionen in die Entwicklung und Weiterentwicklung dieser Anlagen und Netze – und vor allem der Speicher.

Die ganze Energiewende – und das ist keine Übertreibung:

Die ganze Energiewende steht und fällt mit der Entwicklung effizienter Stromspeicher.

Nur wenn wir technisch im Stande sind, überschüssigen Strom jederzeit zu speichern und ihn später jederzeit wieder abzurufen, können wir die Netzstabilität trotz volatiler Erzeugung gewährleisten.

Welche Möglichkeiten Power-to-Chemistry hierbei bietet, hat uns Herr Dr. Markowz ja heute Vormittag bereits vorgestellt.

Und wenn wir unseren Ökostrom künftig in nennenswerter Menge speichern können, lassen sich unsere stetig wachsenden Kapazitäten auch vernünftig auslasten.

Ohne dass wir unsere Nachbarn in den Niederlanden oder in Polen weiter dafür bezahlen müssen, dass sie so freundlich sind, uns unseren Strom in Spitzenzeiten kostenlos abzunehmen.

Dieses Beispiel zeigt übrigens besonders deutlich, dass in Zukunft kein Weg daran vorbeiführen wird, die deutschen Netze mit denen unserer Nachbarn noch enger zu verbinden.

Rund 20 Mrd. Euro investiert unser Land in diesem Jahr in die Energiewende.

Und in den nächsten Jahren werden es nicht weniger sein.

Wenn wir von diesen 20 Mrd. Euro lediglich zehn Prozent konsequent in die Entwicklung neuer Speicher stecken würden, wäre ich sehr zuversichtlich, dass unsere Unternehmen und unsere Ingenieure jene Lösungen finden werden, auf die wir für die nächste Ausbauphase so dringend angewiesen sind.

Die Energiewende braucht eben nicht nur den politischen Willen, den Rückhalt in der Bevölkerung und das nötige Kapital.

Sie braucht eben auch die Spitzenforschung und die Entwicklung neuer Technologien, ohne die wir heute weder Kraftwerke noch Windräder und Sonnendächer hätten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei all der Begeisterung für Erneuerbare Stromerzeugung, intelligente Netze und künftige Stromspeicher dürfen wir eines nicht vergessen:

Moderne Kohle- und Gaskraftwerke sind nach wie vor das Rückgrat unserer Stromversorgung. Ohne den Beitrag unserer konventionellen Kraftwerke wird in unserem Land auf lange Sicht gar nichts gehen. Sie liefern immer, unabhängig von Wind und Wetter und sichern zugleich die Stabilität der Netze.

Über Jahrzehnte haben diese Kraftwerke unser Land sicher versorgt, haben ihre Wirkungsgrade dabei stetig verbessert und zählen daher heute zu den energieeffizientesten und Ressourcen schonendsten der Welt. Dass diese Kraftwerke ihren Betreibern heute keine Gewinne mehr liefern, liegt nicht an den Werken selbst – sondern einfach daran, dass Strom aus Wind und Sonne per Gesetz immer Vorrang hat.

Wenn die sehr kapitalintensiven Kraftwerke aber nur noch als Lückenfüller dienen, die immer dann einspringen müssen, wenn Wind und Sonne gerade Pause machen, kommen sie nicht mehr auf die erforderlichen Laufzeiten. Vor diesem Hintergrund habe ich rein betriebswirtschaftlich betrachtet durchaus Verständnis dafür, dass RWE und E.on darüber nachdenken, den Betrieb von immer mehr Kraftwerken einzustellen.

Diese Entwicklung aber wäre gesamtwirtschaftlich eine Katastrophe, denn bislang haben wir weder die Kapazitäten, noch die Netze, noch die Speicher, um auf unsere fossilen Kraftwerkskapazitäten nach einer - wenn Sie so wollen - energiepolitischen Sturzbach-Methode, verzichten zu können.

Die Frage lautet daher nicht, ob wir Kohlekraftwerke in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch brauchen werden.

Sie lautet: Wie stellen wir den Betrieb von Kraftwerken als Rückgrat der Grundlastversorgung sicher?

Und wie wird dieser Betrieb finanziert?

Auch hier ist wieder an erster Stelle die Politik gefragt. Und damit meine ich natürlich nicht, dass die Bundesregierung jetzt eigene Kraftwerke bauen und betreiben soll. Aber sie muss verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die den Erhalt und den Betrieb von Kraftwerken über einen Investitionszyklus wirtschaftlich sichern. Wenig hilfreich erscheint es mir in diesem Zusammenhang, die Restlaufzeit moderner Kohlekraftwerke und die künftige Nutzung der Braunkohlefelder bereits heute verbindlich festsetzen zu wollen.

Schließlich kann niemand schon heute seriös berechnen, wie viele Kraftwerke wir in Zukunft noch benötigen werden – und für wie lange. Aktuell werden diese Fragen in Nordrhein-Westfalen rund um den Tagebau Garzweiler 2 diskutiert. Auch hier kann bereits heute niemand mit Gewissheit voraussagen, wie lange wir die heimische Braunkohle vom Niederrhein noch brauchen werden. Umso wichtiger scheint es mir, sämtliche Optionen offen zu halten. Den Tagebau und die Kohlekraftwerke nicht voreilig abzuschreiben, entspricht übrigens auch dem Willen der Menschen an Rhein und Ruhr.

Laut einer Forsa-Umfrage für den Initiativkreis Ruhr haben lediglich 29 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet größere Bedenken gegen den zukünftigen Betrieb unserer Kohlekraftwerke. 70 Prozent haben dagegen kaum oder gar keine Bedenken. Ich selbst halte hier vorzeitige politische Festlegungen für sehr gewagt, wenn nicht gar riskant. Denn selbst mit dem aus heutiger Sicht besten Masterplan bleibt die Entwicklung unserer Energiewirtschaft in den nächsten 30 Jahren äußerst unsicher. Werden wir es bis 2050 tatsächlich schaffen, 80 Prozent unseres Stroms regenerativ zu erzeugen?

Hierzu ist auch zu bedenken:

Der Zubau neuer Windräder und Sonnendächer allein wird nicht ausreichen, denn auch die sind nicht für die Ewigkeit gebaut. Schon in zehn Jahren wird die erste Generation dieser Anlagen das Ende ihrer Lebensdauer erreichen. Neben dem Zubau neuer Anlagen müssen dann parallel auch noch die alten durch moderne ersetzt werden. Auch hierfür wird der Staat wieder finanzielle Anreize setzen müssen. Dringend erklärungsbedürftig ist in diesem Zusammenhang auch ein Vorstoß der südlichen Bundesländer, ausgerechnet in windschwachen Regionen den Bau neuer Windräder gezielt zu fördern. Denn je schwächer der Wind, desto höher müssen die finanziellen Anreize ausfallen! Und desto teurer wird es für uns alle! Denn heiße Verordnungsluft aus der Politik treibt noch lange keine Windräder an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Kluft zwischen den Profiteuren der Energiewende und denen, die für die anderen die Rechnung zahlen, geht quer durch unser Land, quer durch die Bevölkerung und quer durch die Industrie.

Da gibt es Bundesländer wie Bayern und Schleswig-Holstein, die besonders von der Förderung der Solar- und Windenergie profitieren. Und es gibt die Stromkunden in Nordrhein-Westfalen, die Jahr für Jahr Milliarden dafür zahlen.

In den vergangenen vier Jahren haben die Stromkunden in NRW im Durchschnitt über die EEG-Umlage 1,8 Mrd. Euro mehr gezahlt als die Ökostromerzeuger in NRW erhalten haben. Zugleich kommt allein Bayern in diesen vier Jahren auf ein jährliches Plus von 1,1 Mrd. Euro. Da gibt es wohlhabende Privatleute, die mit garantierten Renditen in Wind- und Solaranlagen investieren können. Und es gibt gleichzeitig einkommensschwächere Familien, die bereits heute Schwierigkeiten haben, ihre ständig steigende Stromrechnung zu bezahlen. Da wird es künftige Generationen geben, die kräftig profitieren werden von den Errungenschaften einer erfolgreichen Energiewende.

Und da gibt es die heutige Generation, die alles das finanzieren muss, was sich für ihre Kinder und Enkelkinder später einmal auszahlen soll.

Alle diese Beispiele zeigen:

Das ganze EEG ist eine riesige und mächtige Umverteilungsmaschine.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Staat über viele Jahre zunehmend von den erheblichen Steuererträgen des Energiesektors als wichtige Einnahmequelle abhängig gemacht hat.

Lassen Sie uns, die Politik, die Wirtschaft und die Gewerkschaften, daher gemeinsam daran arbeiten, diese Umverteilungsmaschine zu bändigen und neu zu justieren.

Damit unser Land und seine Menschen insgesamt eines Tages hoffentlich als Gewinner der Energiewende hervorgehen wird.

Glückauf!